

Berlin, 31. Mai 2022

**Herausgeber:**

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Am Weidendamm 1A  
10117 Berlin

Telefon 030 590099-571  
Telefax 030 590099-519

[www.bga.de](http://www.bga.de) [info@bga.de](mailto:info@bga.de)

**Ansprechpartner:**

**Michael Alber**

Volkswirtschaft und Finanzen  
[michael.alber@bga.de](mailto:michael.alber@bga.de)

**Dr. Andreas Rademachers**

Umwelt und Energie  
[andreas.rademachers@bga.de](mailto:andreas.rademachers@bga.de)

**Lena Schlett**

Verkehr und Logistik  
[lena.schlett@bga.de](mailto:lena.schlett@bga.de)

**Sebastian Werren**

Agrar- und Ernährungswirtschaft  
[sebastian.werren@bga.de](mailto:sebastian.werren@bga.de)

## Standort Deutschland modernisieren: Wettbewerbsfähigkeit stärken - Struktur- wandel fördern

Der Groß- und Außenhandel in Deutschland ist Bindeglied und Versorger der verschiedenen Wirtschaftsstufen von Landwirtschaft und Industrie über Handwerk und Einzelhandel bis hin zu Gastronomie, Hotellerie und Veranstaltungsdienstleistungen. Die über 143.000 Unternehmen der Wirtschaftsstufe erwirtschafteten mit ihren fast zwei Millionen Beschäftigten einen Jahresgesamtumsatz von 1.465 Milliarden Euro im Jahr 2021. Für den Groß- und Außenhandel sind deshalb moderne und verlässliche Rahmenbedingungen eine unverzichtbare Voraussetzung, damit die deutsche Wirtschaft sich konjunkturell dynamisch entwickelt und parallel die tiefgreifenden Herausforderungen aus dem Strukturwandel erfolgreich meistert. Deutschland kann seine Spitzenpositionen bei innovativen und klimaschonenden Technologien und Produkten und seinen Vorsprung durch Innovationen und Wissen nur sichern, wenn die Wirtschaft schneller, digitaler und moderner wird.

Die Corona-Krise und deren Bewältigung hat den Unternehmen in Deutschland Enormes abverlangt. Durch die finanziellen und steuerlichen Maßnahmen sowie die beschäftigungspolitische Flankierung konnte die deutsche Wirtschaft den Einbruch abfedern und befindet sich trotz der massiven Schwankungen der Corona-Inzidenzwerte auf Erholungskurs. Eine weiter anhaltende konjunkturelle Erholung ist erforderlich, um die finanziellen Lasten aus den Umsatzeinbrüchen der Corona-Krise abzutragen und den erheblichen Investitionsbedarf der Digitalisierung, zur Reduktion von klimaschädlichen Emissionen und begrenzter Ressourcen zu schultern.

Die Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft und dabei gerade des Groß- und Außenhandels werden zudem von geopolitischen Risiken und Konflikten überlagert. Insbesondere der Angriff Russlands auf die Ukraine stellt die Unternehmen vor große Herausforderungen, um die Versorgung von Wirtschaft und Menschen in Deutschland zu sichern. Die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird durch verschärfte Engpässe in Logistik und Knappheiten in der Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten sowie fehlende Fachkräfte, vor allem Berufskraftfahrern, erheblich begrenzt. Die infolge des Angriffskriegs zu erwartende langsamere Erholung der deutschen Wirtschaft ist bei sich verschärfenden Versorgungsengpässen mit einem massiven Preisdruck in den Lieferketten konfrontiert. Mit den hieraus resultierenden massiven Kostenbelastungen in den Unternehmen ist ein erhebliches wirtschaftliches und soziales Risikopotenzial verbunden. Marktwirtschaftliche Prozesse müssen deshalb durch die Modernisierung und Vereinfachung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Investitionen in Infrastruktur, moderne Technologien und Know how gestärkt werden.

Deutschland kann seine wirtschaftlichen Chancen durch den Strukturwandel stärken, wenn die Politik den Prozess mit wirtschaftlichen Impulsen und den erforderlichen finanziellen Mitteln unterstützt. „Bremsen lösen und beschleunigen“ muss die politische Zielsetzung sein, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zur Sicherung einer hohen Beschäftigung mit über 45 Millionen

Erwerbstätigen zu stärken und damit die öffentlichen Haushalte solide und nachhaltig zu finanzieren. Möglichkeiten zur Modernisierung, Vereinfachung und Entbürokratisierung müssen in allen Bereichen erschlossen und ausgeschöpft werden. Konkret muss es um Impulse durch Entlastung bei Kosten und Bürokratie, um die Beschleunigung von Investitionen in eine moderne und leistungsfähige Verkehrs- und Digitalinfrastruktur, in eine verlässliche und kostengünstige Energieversorgung und die Stärkung der Finanzkraft der Unternehmen gehen.

### **Zentrale Maßnahmen zur Modernisierung und Strukturwandel**

Für ein sicheres und leistungsfähiges Sozialsystem und solide Finanzen ist eine moderne Wirtschaft mit leistungsfähiger Infrastruktur und Investitionsfördernden Rahmenbedingungen entscheidende Grundlage. Deshalb muss es nach Auffassung des BGA darum gehen, diese wirtschaftlichen Weichenstellungen mit konsequentem und mutigem politischem Handeln einzuleiten. Aus Sicht des BGA müssen dazu fünf Schwerpunkte auf der politischen Agenda oben stehen:

#### ➤ Energieversorgung schnell, leistungsfähig und bezahlbar sichern

Seit Jahren steigen die Energiepreise und werden für die hauptsächlich klein- und mittelständischen Unternehmen der Branche zu einem immer größeren Kostenfaktor. Die Entwicklung ist sowohl vom Weltmarkt, als auch von politischen Entscheidungen getrieben. Dabei kann, zumindest jenseits von unionsweiten Mindestsätzen, jeder EU-Mitgliedsstaat selbst über die Höhe von Steuern und Abgaben bestimmen. Deutschland steht mit seinen Energiepreisen an der europäischen Spitze. Damit wird einerseits der Wettbewerb innerhalb der Union erschwert, andererseits die Verbraucherpreise erhöht. Den Unternehmen fehlen immer stärker liquide Mittel, die in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden können. Hier hat die Politik die Lösungshebel an der Hand.

Vor allem im Ukraine-Konflikt wurde ein weiterer Aspekt deutlich, die Abhängigkeit von Energieimporten. Der Umbau hin zur Klimaneutralität geht schnell vorwärts und doch braucht es noch lange Zeit Brückentechnologien. An erster Stelle muss dabei die Innovationsförderung zum Markthochlauf stehen. Unternehmen haben nur dann eine wirkliche Alternative, wenn nachhaltige Technologien, z.B. Wasserstoff-LKW, im Vergleich zu konventionellen Systemen kostenneutral sind. Fördern statt Bestrafen muss das Credo sein. Technologieoffenheit ist das Gebot der Stunde, damit sich am Markt die erfolgreichsten Lösungen durchsetzen. Der Groß- und Außenhandel kann hier ein verlässlicher Partner sein. Seit langem sind energieeffiziente Produkte, z. B. Gebäudetechnologien, Teil seine Portfolios und unverzichtbar für den Klimaschutz, vor allem bei begrenzten Ressourcen.

Innovationen sind auch notwendig, damit eine jederzeit stabile Energieversorgung langfristig gesichert bleibt. Es braucht stabile Stromnetze, großflächige Speicher und schlanke Genehmigungsverfahren. Und es braucht verlässliche internationale Partnerschaften. Die Energiewende funktioniert nur grenzüberschreitend. Deutschland gibt längst ein gutes Beispiel, kann aber nur dann Vorreiter sein, wenn Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz Hand in Hand arbeiten. Gerade im Ausbau von Photovoltaik-/Solaranlagen kann beispielhaft ein großes Potenzial erschlossen werden, wenn Restriktionen und Bürokratie abgebaut werden und dadurch der Betrieb rentable ermöglicht wird.

➤ Leistungsfähige Infrastruktur für Logistikstandort schaffen

Für die Unternehmen des Groß- und Außenhandels, die in Deutschland rund 60 Prozent der Güterverkehre veranlassen, spielt die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur eine zentrale Rolle. Um im internationalen Standortwettbewerb bestehen zu können, muss die Infrastrukturpolitik einen höheren Stellenwert bekommen. Aktuell belastet der Zustand der Infrastruktur die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Die Qualität des Fernstraßennetzes, einer der wichtigsten Standortfaktoren für Unternehmen, hat sich in den vergangenen Jahren im internationalen Vergleich ebenso wie die des untergeordneten Straßennetzes weiter verschlechtert.

Um die Qualität der Straßeninfrastruktur zu steigern und deren Leistungsfähigkeit weiter auszubauen, muss die Infrastruktur modernisiert und die Bundesfernstraßen weiter ausgebaut werden. Insbesondere müssen die Planungsbeschleunigungsgesetze forciert werden. Späte Klageverfahren sollten verhindert werden. Straßeninfrastruktur darf trotz des Ausbaus der Schieneninfrastruktur nicht aus den Augen verloren werden. Eine Kürzung der Finanzmittel für die Straße darf es nicht geben. Staus kosten Zeit und Geld. Um lange Wartezeiten insbesondere auf den Bundesautobahnen zu vermeiden, bedarf es einer besseren Baustellenplanung.

Eine verstärkte Verlagerung von Transporten von Waren und Gütern auf den Schienengüterverkehr erfordert dringlich den Ausbau des Schienennetzes. Dies gilt sowohl innerhalb Deutschlands als auch im transeuropäischen Netz. Damit einhergehend muss eine Harmonisierung und Vereinheitlichung von Bahnsystemen (Stromsystem, Spurbreite, Lichttraumprofil etc.) erreicht werden.

Die Reaktivierung von stillgelegten Streckenabschnitten erweitert das Schienennetz und damit die Nutzungsmöglichkeiten des Schienengüterverkehrs. Gleisanschlüsse für Unternehmen müssen verstärkt gefördert und auch wieder Einzelwaggons bereitgestellt werden, um über Massengüter hinaus auch individuelle Transporte klimafreundlich zu ermöglichen. Eine schnelle Entlastung der Verkehrsinfrastruktur brächte zudem eine Angleichung des zulässigen LFW-Gesamtgewichts auf 44 Tonnen.

Damit Deutschland auch in Zukunft als Wirtschaftsstandort mithalten kann, muss die Verkehrsinfrastruktur mit der erforderlichen digitalen Technik ausgestattet werden. Hierzu zählt auch eine flächendeckende Mobilfunkabdeckung (5G-Standard), die für die Entwicklung und spätere Nutzung des autonomen bzw. hochautomatisierten Fahrens unverzichtbar ist.

Luftfahrt und Schifffahrt verbindet den Wirtschaftsstandort Deutschland mit den internationalen Märkten. Aktuell verfügt Deutschland über einen starken Luft- und Schiffsverkehr. Um Deutschland als Drehscheiben für die internationale Logistik zu sichern, muss insbesondere für die Schifffahrt u.a. der Ausbau hochleistungsfähiger Breitbandanschlüsse insbesondere in den Häfen vorangetrieben werden.

➤ Versorgung mit neuen Wegen sicherstellen

Die Versorgung von Wirtschaft und Menschen in Deutschland an allen Orten und zu jeder Zeit hat für den Groß- und Außenhandel hohen Stellenwert. Dazu müssen mit Blick auf die Erschwernisse aus den Folgen des Angriffs Russlands auf die Ukraine auch neue Wege in der Versorgung erschlossen werden. Der BGA begrüßt in diesem Zusammenhang mit Blick auf neue genomische Techniken (NGT), hierzu einen zeitgemäßen Rechtsrahmen schaffen zu wollen. Dabei ist zu betonen, dass durch NGT KEINE artfremden Gene übertragen, sondern mittels Punktmutationen Veränderungen herbeigeführt werden, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind.



Die NGT bieten Chancen, dem Klimawandel zu begegnen: Um Ernteausfälle infolge des Klimawandel zu minimieren und Agrarsysteme weniger anfällig für immer stärker wechselnde Anbaubedingungen zu machen, müssen Nutz- und Zierpflanzen sowie Gehölze widerstandsfähiger gegen Wassermangel/Überschwemmung, Versalzung, Hitze/Kälte, Krankheiten und Schädlinge sein. Darüber hinaus sollen sie eine verbesserte Nährstoffeffizienz aufweisen. Diese Herausforderungen lassen sich nur unter Einsatz von Innovationen, auch in der Pflanzenzüchtung, bewältigen, denn die Züchtung einer neu angepassten Sorte mit herkömmlichen Verfahren dauert heutzutage 10 bis 15 Jahre. Die NGT können diesen Prozess spürbar verkürzen und die Kosten deutlich senken. Hiermit wird auch die Chance für eine nachhaltigere Landwirtschaft und einen effizienteren Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln im Sinne der Farm-to-Fork-Strategie eröffnet. Dabei muss die Sicherheit von NGT für Mensch, Natur und Umwelt auf wissenschaftlicher Faktenbasis bewertet werden.

### ➤ Konkurrenzfähige, moderne und digitale Besteuerung schaffen

Die Vernetzung der Volkswirtschaften nimmt trotz der noch nicht gänzlich absehbaren Folgen des Angriffs Russlands auf die Ukraine und trotz der Corona-Pandemie durch Digitalisierung von Kommunikation sowie den globalen Handel von Rohstoffen und Waren, aber insbesondere auch durch unternehmensbezogene Dienstleistungen weiter zu. Die steuerlichen Rahmenbedingungen haben mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Mit der nationalen Umsetzung von internationalen und europäischen Vorgaben wird angestrebt, den steuerlichen Wettbewerb auszuschließen und zu regulieren.

Der BGA hält eine Abstimmung von internationalen Besteuerungsgrundsätzen und deren Umsetzung auf europäischer und nationaler Ebene für richtig. Bei der Besteuerung der Digitalwirtschaft wie auch internationaler Besteuerungsfragen gilt es, eine Überregulierung durch schärfere Anforderungen und neue Bürokratie zu vermeiden. Vereinfachungen und Bürokratieabbau müssen mit einer international vergleichbaren Steuerbelastung für Unternehmen einhergehen. Eine grundlegende Unternehmensteuerreform mit einer auf ein international vergleichbares Niveau von 25 Prozent ausgerichteten steuerlichen Belastung mit Anpassungen bei Steuersätzen und vereinfachenden Regelungen bei den Bemessungsgrundlagen bleibt ebenso erforderlich wie eine Digitalisierung und Vereinfachung von Verfahren.

### ➤ Finanzierung Erholung und Strukturwandel

Die noch nicht überwundene Corona-Krise hat die Liquidität und die Eigenkapitalbasis in vielen Unternehmen, auch im Groß- und Außenhandel, belastet. Die finanziellen Lasten müssen nun wieder abgetragen und der Strukturwandel finanziert werden. Gleichzeitig geht es um die Weichenstellungen um die Organisation und Finanzierung neue Beschaffungs- und Vertriebswege infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine. Die Versorgung mit Rohstoffen, vor allem Energierohstoffen, Vorprodukten und anderen Waren wird durch die steigenden Preise und veränderte, längere Transportwege deutlich teurer. Deshalb muss die Fremdfinanzierung gesichert bleiben und der Staat gegebenenfalls mit Wirtschaftshilfen beispielsweise in Form von Haftungsfreistellung bei Krediten und Eigenkapital flankieren. Im Rahmen der Ausrichtung der Unternehmensfinanzierung an den Zielen der Nachhaltigkeit müssen Kosten und Bürokratie für die kleinen und mittleren Unternehmen abgewandt werden. Dazu bedarf es verhältnismäßiger, proportionaler Regelungen zum Nachweis der Nachhaltigkeit von Investitionen. Auch muss die Innenfinanzierung in den Unternehmen durch verbesserte steuerliche Regelungen bei Thesaurierungsbegünstigung und die Körperschaftsteueroption sowie durch einen Entfall der Besteuerung von Finanzierungsaufwendungen gestärkt werden.